

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Aushubmaterialien stellen mit mehr als 40 Mio. Tonnen Aufkommen pro Jahr die bei weitem größte Abfallfraktion dar, die – trotz teilweiser guter technischer Eignung für eine Verwertung – zu einem großen Teil deponiert wird. Ziel der Verordnung ist die massenmäßig relevantesten, nicht verunreinigten Aushubmaterialien einer Vorbereitung zur Wiederverwendung und einem möglichst hochwertigen Recycling zuzuführen. Dafür sollen:

- die relevanten Abfallarten und deren Verwendungen entsprechend dem bisherigen Handlungsgrundsatz des Bundes-Abfallwirtschaftsplans 2023 (BAWP 2023) festgelegt werden,
- ein vorzeitiges Abfallende für nicht verunreinigte Bodenaushubmaterialien der besten Qualitäten (A1, A2 und A2-G) ermöglicht werden und
- bestimmte spezifische Behandlungspflichten für bestimmte Abfälle festgelegt werden.

Besonderer Teil

Zu § 2 (Geltungsbereich):

Abs. 1:

Die Verordnung soll nur für die in Anhang 1 aufgelisteten Abfallarten in Verbindung mit den in Abschnitt 2 festgelegten Verwertungsmaßnahmen gelten. Für nicht gelistete Abfallarten, die einer Verwertung gemäß Abschnitt 2 zugeführt werden sollen und für in Anhang 1 gelistete Abfallarten, die einer anderen, als den in Abschnitt 2 genannten Verwertungsmaßnahmen, zugeführt werden sollen, ist weiterhin im Einzelfall zu bewerten, ob es sich um eine zulässige Verwertung handelt.

Die Verwertung verunreinigter Aushubmaterialien (insbesondere die Abfallarten SN 31424 37, 31424 g) in der Produktion von Zement soll nicht vom Geltungsbereich dieser Verordnung umfasst sein. Für diese Verwertung ist weiterhin die Richtlinie „Technische Grundlagen für den Einsatz von Abfällen als Ersatzrohstoffe in Anlagen zur Zementerzeugung“ vom 18. Dezember 2017 als Stand der Technik heranzuziehen. Die Verwertung nicht verunreinigter Bodenaushubmaterialien (gelistet im Anhang 1) zur Erzeugung von Zement (gelistet im Abschnitt 2) soll hingegen vom Geltungsbereich dieser Verordnung umfasst sein.

Für die Verwendung von Aushubmaterialien als Nebenprodukt sollen die gleichen Qualitätsstandards festgelegt werden.

Zu § 3 (Begriffsbestimmungen):

Z 1 Aushubmaterial:

Die Begriffsbestimmung des BAWP 2023 entspricht der DVO 2008. Zusätzlich soll klargestellt werden, dass auch Fraktionen aus der Behandlung von Aushubmaterialien (Bodenbestandteile) als Aushubmaterial gelten.

Z 5 und Z 6 Bodenaushubmaterial und Bodenbestandteile:

Es sollen die Begriffsbestimmungen des BAWP 2023 übernommen werden.

Z 5 Bodenaushubmaterial:

Aushubmaterial, das nach Ablagerung aus einer Bodenaushubdeponie wieder ausgehoben und zB im Zuge von Baumaßnahmen oder zur Herstellung von Recycling-Baustoffen verwertet werden soll, gilt als „im Wesentlichen natürlich gewachsener Boden – auch nach Umlagerung“, wenn in dem betreffenden Bodenaushubdeponiekompartiment oder -kompartimentsabschnitt nachweislich nur „im Wesentlichen natürlich gewachsener Boden oder Untergrund“ abgelagert wurde, dh. keine Ablagerung von unter Bodenbestandteile zu subsumierende Materialien wie zB technisches Schüttmaterial, Gleisaushubmaterial (ausgenommen nicht kontaminationsgeneigter Untergrund) oder Bodenbestandteile aus einer Behandlung, erfolgt ist. In dem Fall kann das Aushubmaterial aus einer Bodenaushubdeponie als „Bodenaushubmaterial“ qualifiziert werden, wenn auch alle anderen Voraussetzungen (< 5% anorganische Bestandteile etc.) erfüllt sind. Unter diesen Voraussetzungen kann das Material vor Aushub (ÖNORM S 2126) oder nach Aushub (ÖNORM S 2127) grundlegend charakterisiert, einer entsprechenden Abfallart zugeordnet und verwertet werden; ein vorzeitiges Abfallende soll gemäß den Vorgaben des § 20 möglich sein.

Sollen Bereiche einer Bodenaushubdeponie ausgehoben und verwertet werden, bei denen nicht sicher oder nicht bekannt ist, ob ausschließlich „im Wesentlichen natürlich gewachsener Boden oder Untergrund“ abgelagert wurde, sollen die Aushubmaterialien als Bodenbestandteile qualifiziert werden. Eine grundlegende Charakterisierung ist vor Aushub (ÖNORM S 2126) oder nach Aushub (ÖNORM S 2127) möglich. Eine Zuordnung kann (für eine Verwertung gemäß dieser Verordnung) jedoch nur zu einer Abfallart für Bodenbestandteile (SN 31411 38, 31411 39 oder 31411 33) erfolgen. Eine Verwertung dieser Abfallarten soll zulässig sein, jedoch ohne vorzeitiges Abfallende gemäß § 20.

Z 6 Bodenbestandteile:

Es soll klargestellt werden, dass Bodenbestandteile nicht unter dem Begriff „Bodenaushubmaterial“ zu subsumieren sind. Unter Bodenbestandteile fallen insbesondere:

- natürliche Bestandteile von Böden oder dem Untergrund (insbesondere Sand, Kies, Steine) aus der mechanischen, physikalischen, biologischen oder chemischen Behandlung von Aushubmaterial,
- technisches Schüttmaterial der Abfallart SN 31411 34,
- Gleisaushubmaterial,

- Bankettschälgut aus der Straßenerhaltung,
- Tonsuspensionen,
- Kieswaschschlämme,
- entwässerte Rücklaufsuspensionen aus bestimmten Bauverfahren wie Tiefenbohrungen, Injektionsverfahren und zur Herstellung von Schlitzwänden.

Z 7 Bodenrekultivierung:

Die Begriffsbestimmung des BAWP 2023 bzw. der Rekultivierungsrichtlinie soll weitgehend übernommen werden. Unter Bodenrekultivierung sind auch Maßnahmen zur Bodenverbesserung zu verstehen.

Z 8 Erdbaumaßnahmen:

Die Begriffsbestimmung entspricht grundsätzlich der Begriffsbestimmung des BAWP 2023 und wurde um die beispielhafte Aufzählung des obertägigen Bergversatzes erweitert.

Z 9 externe befugte Fachperson oder Fachanstalt:

Es soll klargestellt werden, welche Abhängigkeitsverhältnisse für eine externe befugte Fachperson oder Fachanstalt jedenfalls nicht möglich sind.

Z 10 grundlegende Charakterisierung:

Die Definition gemäß Deponieverordnung 2008 (DVO 2008), BGBl. II Nr. 39/2008, soll - angepasst an die Verwertung - übernommen werden.

Z 13 Rückstellprobe:

Es soll die Definition der DVO 2008 übernommen werden. Der aliquote Anteil der Feldprobe, der aufzubewahren ist, wird vom Gutachter festgelegt.

Z 14 Tunnelausbruchmaterial:

Es soll die Definition des BAWP 2023 bzw. der DVO 2008 – mit geringfügigen Präzisierungen – übernommen werden.

Zu § 4:

Es sollen die relevanten Abfallarten teilweise durch diese Verordnung geändert werden. Die Änderungen betreffen den Wortlaut der Spezifizierungen und die Hinweise und Anmerkungen zu den Abfallarten.

Grundsätzlich sollen für eine Zuordnung von Aushubmaterialien die Zuordnungsregeln und Abfallarten gemäß Abfallverzeichnisverordnung 2020 (insb. Kapitel 12, Anlage 2) mit den durch Anhang 1 Tabelle 1 dieser Verordnung geänderten Abfallarten weitergelten.

Zu Abschnitt 2 (Anforderungen für die stoffliche Verwertung von Aushubmaterialien):

In diesem Abschnitt sollen allgemein gültige Vorgaben für die Verwertung von Aushubmaterialien festgelegt und zulässige Verwertungswege für die in Anhang 1 genannten Aushubmaterialien definiert werden, einschließlich der Bedingungen, unter denen diese Verwertungswege zulässig sind.

Tabelle: Übersicht der Verwertungswege und das Abfallende von Aushubmaterialien

SN	Sp.	Kurzbeschreibung	Erdarbeiten § 6	Bodenrekultivierung § 7	Kultursubstrate § 8	Kompost / Komposterden § 9	Künstliche Erden § 10	Gesteinskörnungen § 11	Sonstige Baustoffe § 12	Industriemineral § 13
31411	29	Bodenaushubmaterial BA	ja ^{1) 2)}	ja ²⁾	nein	nein	ja	ja ³⁾ ⁴⁾	ja	ja
31411	30	Bodenaushubmaterial A1	nein	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
31411	31	Bodenaushubmaterial A2	ja ¹⁾	nein	ja	ja	ja	ja	ja	ja
31411	32	Bodenaushubmaterial A2-G	ja	nein	ja	ja	ja	ja	ja	ja
31411	33	Aushubmaterial Inertabfalldeponiequalität	nein	nein	nein	nein	nein	ja ⁵⁾	ja ⁷⁾	ja
31411	38	Bodenbestandteile A2	ja ^{1) 7)}	nein	nein	nein	ja ⁷⁾	ja ⁸⁾	ja ⁷⁾	ja
31411	39	Bodenbestandteile BA	ja ^{1) 7)}	nein	nein	nein	ja ⁷⁾	ja ⁸⁾	ja ⁷⁾	ja
31411	45	Nicht verunreinigte Kleinmenge(n)	ja ¹⁾	ja	nein	ja/nein ⁶⁾	ja	Nein	nein	nein
91502	60	Bankettschälgut < 500 DTV	nein	ja ⁹⁾	nein	nein	nein	nein	nein	nein

Für grau schattierte Felder ist ein Abfallende gemäß § 20 für die jeweilige Anwendung möglich. Für alle Anwendungen sind weiters die Vorgaben des § 5 Abs. 4, 5 und 6 zu beachten.

¹⁾ nicht zulässig für Verwertung im oder unmittelbar über dem Grundwasser

²⁾ nur in Abstimmung mit örtlich zuständiger Abfallbehörde

³⁾ für Herstellung von Gesteinskörnungen für ungebundene Anwendungen nur in Abstimmung mit örtlich zuständiger Abfallbehörde

⁴⁾ Abfallende für Bodenaushubmaterial der Klasse BA nur möglich für die Herstellung von Gesteinskörnungen für Beton/Asphalt (gebundene Anwendung)

⁵⁾ nur für die Herstellung von Gesteinskörnungen für die Produktion von Beton und Asphalt (gebundenen Anwendung)

⁶⁾ die Verwendung für die Herstellung von Komposterden ist nur nach grundlegender Charakterisierung und Umschlüsselung auf entsprechend zutreffende Abfallart (SN 31411 30, 31411 31 oder 31411 32) zulässig

⁷⁾ nicht zulässig für Bodenbestandteile aus der Behandlung gefährlich verunreinigter Aushubmaterialien

⁸⁾ Bodenbestandteile aus der Behandlung gefährlich verunreinigter Aushubmaterialien sind nur zur Herstellung von Gesteinskörnungen zur Herstellung von Beton oder Asphalt zulässig

⁹⁾ nur gemäß den Vorgaben des §14 Abs. 6, insbesondere Verwendung nur für Rekultivierungen von Straßenbegleitflächen

Zu § 5 (Allgemeine Anforderungen für die Verwertung):Abs. 1:

Die in Anhang 1 genannten Aushubmaterialien sollen für die Verwertung gemäß diesem Abschnitt grundlegend charakterisiert werden und einer entsprechenden Qualitätsklasse sowie Abfallart zugeordnet werden. Die Zuordnung zur Abfallart erfolgt weiterhin entsprechend den Zuordnungskriterien der Abfallverzeichnisverordnung 2020 (Anhang 2, Kapitel 12). Hinsichtlich der Abfallarten sollen die durch Anhang 1 geänderten Beschreibungen der Spezifizierungen verwendet werden. Ebenfalls sollen die durch Anhang 1 geänderten Hinweise und Anmerkungen zu den Abfallarten berücksichtigt werden. In den Beschreibungen zu den Spezifizierungen soll insbesondere der Verweis auf den Bundes-Abfallwirtschaftsplan durch einen Verweis auf diese Verordnung geändert werden.

Abs. 2:

Bodenbestandteile aus der Behandlung gefährlich verunreinigter Aushubmaterialien sind gemäß Abfallverzeichnisverordnung 2020 (Anhang 2, Kapitel 12.6.) den Abfallarten SN 31482 bis SN 31484 zuzuordnen.

Abs. 3:

Tunnelausbruchmaterial enthält Verunreinigungen aus dem Tunnelvortrieb, die jedenfalls nicht in den Nahrungskreislauf im Zuge von Rekultivierungen gelangen sollen. Dementsprechend soll die Verwendung für Rekultivierungen, die Kompostierung, das Herstellen von Komposterden oder künstlichen Erden ausgeschlossen sein. Die Herstellung von Kultursubstraten soll grundsätzlich zulässig sein.

Abs. 4:

Straßennahe Oberböden enthalten neben chemischen Verunreinigungen (Mineralöle, Schwermetalle) insbesondere auch große Mengen Mikroplastik aus dem Reifenabrieb. Zahlreiche Untersuchungen ergeben, dass circa die Hälfte des emittierten Reifenabriebs im straßennahen Oberboden gespeichert wird und sich über die Jahre anreichert. Durch eine Verwertung von Aushubmaterialien dieser straßennahen Oberböden, insbesondere des aus technischen Gründen periodisch anfallenden „Bankettschälguts“ (Abtrag des unerwünschten Aufwuchses von Straßenbanketten) würden diese Schadstoffe weiter in der Biosphäre verteilt werden. Insbesondere problematisch wäre eine Verwertung auf landwirtschaftlich genutzten Flächen oder zur Herstellung von zB Kompost, Komposterden und Kultursubstraten, die wieder für die Nahrungsmittelproduktion eingesetzt werden können. Die Schädigung von Mineralölen bzw. Schwermetallen ist dabei hinreichend bekannt, wobei die nicht bekannte spezifische Zusammensetzung von Hochleistungsölen und entsprechenden Bauteilen (zB Bremsscheiben) einen weiteren Risikofaktor darstellt. Die faktische Wirkung von Mikroplastik in der Biosphäre bzw. über die Nahrungskette aufgenommen bei Tier und Mensch ist Gegenstand der aktuellen Forschung. Einige Schädigungen (insbesondere auf die aquatische Umwelt bzw. das Verdauungssystem von Tier und Mensch) wurden bereits nachgewiesen. Zudem bereitet die ubiquitäre Verbreitung von Mikroplastik bis zu Hochgebirgsgletschern zunehmende Sorge.

Aus Vorsorge- und Umweltschutzgründen sollen daher Aushubmaterialien dieser Oberböden von der Verwertung generell ausgeschlossen werden, insbesondere auch, da diese Aushubmaterialien aufgrund ihrer inhomogenen Zusammensetzung, vergleichsweise geringen Masse und kaum vermeidbaren Litteringabfällen (Getränkeverpackungen, Zigarettenstummel etc.) ein sehr geringes kreislaufwirtschaftliches Potential aufweisen.

Lediglich bei Bankettschälgut von Straßen geringer Verkehrsstärke (§ 14 Abs. 6) soll eine Verwertung in der Begrünung oder Modellierung von Straßenbegleitflächen möglich sein.

Abs. 5:

Kiesige Materialien sollen einer möglichst hochwertigen Verwertung zugeführt werden und nicht für Verfüllungen oder Erdarbeiten verwendet werden. Kiesige Aushubmaterialien, für die die Kornverteilung gemäß § 18 untersucht wurde und die im Sieblinienbereich gemäß Anhang 6 liegen, sind grundsätzlich für die Herstellung von Gesteinskörnungen geeignet. Für die Verwendung als Asphalt- Betonzuschlag oder als Industriemineral nicht geeignete kiesige Aushubmaterialien sind auch für die Herstellung von Gesteinskörnungen für ungebundene Anwendungen zulässig.

Zu § 6 (Erdbaumaßnahmen):Abs. 1:

Aushubmaterial, das gemäß dieser Verordnung für Erdbaumaßnahmen verwendet werden soll, muss dafür technisch geeignet sein. Eine Beurteilung der Eignung kann auch im Nachhinein (zB durch Lastplattenversuche nach dem Einbau) erfolgen.

Als Stand der Technik sind (falls zutreffend) entsprechende Regelwerke für Erdarbeiten (zB ÖNORM-Serie EN 16907) anzusehen, weiters ist zB die ÖNORM L 1211 „Bodenschutz bei der Planung und Durchführung von Bauvorhaben“, ausgegeben am 1. September 2022, zu berücksichtigen.

Abs. 2:

Insbesondere zur Vermeidung von Erosionsschäden und einem möglichst baldigen Bewuchs soll eine Rekultivierungsschicht nach dem Stand der Technik so bald als möglich aufgebracht werden.

Abs. 3:

Es sollen die Emissionen vor allem jener Parameter in Bezug auf die konkreten Verwertungsmaßnahmen beurteilt werden, derentwegen eine Einstufung zur Qualitätsklasse BA erfolgt ist (insbesondere überschrittene Schwellenwerte zB bei Ammonium, Phosphat). Relevant sind bei Erdarbeiten mögliche Emissionen im Zuge der Durchsickerung mit Niederschlagswässern und der Transfer von Schadstoffen in benachbarte Böden, darunterliegende Bodenschichten sowie Grund- und Oberflächengewässer.

Es sollen mögliche Emissionen jener Parameter, die Schwellenwerte der Qualitätsklasse BA überschreiten, hinsichtlich Beeinträchtigungen öffentlicher Interessen beurteilt werden. Zu prüfen wären bei Erdarbeiten insbesondere mögliche Emissionen im Zuge der Durchsickerung mit Niederschlagswässern und der Transfer von Schadstoffen in benachbarte Böden, darunterliegende Bodenschichten sowie Grund- und Oberflächengewässer. Bei Überschreitung eines oder mehrerer Schwellenwerte bei der Zuordnung zur Qualitätsklasse BA ist eine Prüfung der Verwertungsmaßnahme durch eine externe befugte Fachperson oder Fachanstalt jedenfalls durchzuführen und der für die Verwertungsmaßnahme örtlich zuständigen Behörde zu übermitteln.

Zuständige abfallrechtliche Behörde im Zusammenhang mit Verfüllungsmaßnahmen wie Erdbaumaßnahmen mit Aushubmaterialien ist die Bezirksverwaltungsbehörde.

Abs. 4:

Der Bereich im oder unmittelbar über dem Grundwasser ist im Zweifel über vorhandene Messwerte des Grundwasserstandes zu ermitteln:

- Wenn Einzelmesswerte des Grundwasserstandes an der für eine Verwertung vorgesehenen Fläche vorhanden sind, gilt der höchste gemessene Grundwasserstand + 1 m.
- Wenn Grundwasserstandmessreihen von 10 oder unter 10 Jahresmaxima vorhanden sind, gilt das höchste Jahresmaxima der Messreihe + 1 m.
- Wenn Grundwasserstandmessreihen von über 10 Jahresmaxima verfügbar sind, gilt das arithmetische Mittel der Jahresmaxima der Messreihe + 1 m.

Zu § 7 (Maßnahmen zur Bodenrekultivierung):

Abs. 1:

Der Stand der Technik für Maßnahmen zur Bodenrekultivierung umfasst insbesondere folgende Regelwerke:

- „Richtlinien für die sachgerechte Bodenrekultivierung land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen“ des Fachbeirates für Bodenfruchtbarkeit und Bodenschutz, Arbeitsgruppe Bodenrekultivierung (Rekultivierungsrichtlinie), 2. Auflage, 2012,
- ÖNORM L 1210 „Anforderungen für die Herstellung von Vegetationstragschichten“, ausgegeben am 1. März 2007 (derzeit in Überarbeitung)
- ÖNORM L 1211 „Bodenschutz bei der Planung und Durchführung von Bauvorhaben“, ausgegeben am 1. September 2022

Weiters können Normen zB im Sportplatzbau relevant sein.

Die Eignung des Aushubmaterials ergibt sich durch Erfüllung der Anforderungen an Ausgangsmaterialien gemäß den jeweiligen Regelwerken oder Richtlinien zur Bodenrekultivierung bzw. Bodenverbesserung. Dabei sind auch die dort festgelegten Verfahren zur Beurteilung und dem Nachweis dieser Eignung heranzuziehen.

Abs. 2: siehe Erläuterungen zu § 6 Abs. 3

Zu § 8 (Kultursubstrate):

Die Herstellung von Kultursubstraten sind im Düngemittelrecht, insbesondere in der Düngemittelverordnung 2004, BGBl. II Nr. 100/2004 zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 155/2022, geregelt. Ebenfalls sind die relevanten Normen zB ÖNORM S 2021 „Kultursubstrate – Qualitätsanforderungen und Untersuchungsmethoden“, ausgegeben am 15. Jänner 2025, zu beachten.

Zu § 11 (Herstellung von Gesteinskörnungen):

Für die Herstellung von Baustoffen aus Aushubmaterialien sollen die Vorgaben der ÖNORM B 3141 „Herstellung von Recycling-Baustoffen aus Aushubmaterialien (überwiegend natürliche Gesteinskörnungen) – Anforderungen“, ausgegeben am 15. Dezember 2023, gelten, auch bei Einsatz von Aushubmaterialien, die das Abfallende erreicht haben oder beim Einsatz als Nebenprodukt.

Der Behandlungsgrundsatz des BAWP 2023 (Kap. 4.7.4.) legt die Anforderungen für die Herstellung von Gesteinskörnungen aus Aushubmaterialien fest. Dieser umfasst insbesondere die dort festgelegten Inputmaterialien, die Vorgaben zur ungebundenen Verwertung (Kapitel 4.7.4.1.), die Vorgaben zur Herstellung von Recycling-Baustoffen durch Zugabe von weniger als 50 % mineralischen Baurestmassen oder Primärrohstoffen (Kap. 4.7.4.3) sowie die zulässigen Anwendungsbereiche (Kap. 4.7.4.4.). Mit Inkrafttreten dieser Verordnung soll der Behandlungsgrundsatz mit folgenden Abweichungen gelten:

- hinsichtlich der Parameter und Grenzwerte sowie der grundlegenden Charakterisierung gelten die Vorgaben dieser Verordnung
- hinsichtlich der Abstimmung mit der Behörde bei ungebundener Anwendung von Recycling-Baustoffen der Qualitätsklasse BA gelten die Vorgaben dieses Paragraphen (§ 11 Abs. 2).

Die Möglichkeit der Verwendung als untergeordnete Zumischkomponente zur Herstellung von Recycling-Baustoffen gemäß Recycling-Baustoffverordnung (RBV), BGBl. II Nr. 181/2015, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 290/2016, soll weiterhin möglich sein.

Tabelle: Verwendung von Aushubmaterialien für die Herstellung von Gesteinskörnungen, Recycling-Baustoffen und sonstigen Baustoffen

Aushubmaterialien	Abfallende gemäß § 20 Aushubverordnung	Als Abfall , Input < 50% Aushubmaterial zur Herstellung von Recycling-Baustoffen gemäß RBV	Als Abfall , Input > 50% Aushubmaterial zur Herstellung von Recycling-Baustoffen gemäß Kap. 4.7.4 BAWP 2023
Bodenaushubmaterial A1, A2, A2-G	ja Herstellung von Gesteinskörnungen und sonstigen Baustoffen außerhalb des Abfallregimes gemäß dem Stand der Technik	ja Abfallende für Recycling-Baustoffe der Qualität U-A bei Übergabe; für andere Qualitätsklassen:	ja Anwendungsbereiche je nach Qualitätsklassen gemäß Tabelle 119 BAWP 2023; kein vorzeitiges Abfallende
Bodenaushubmaterial BA	ja Herstellung von Gesteinskörnungen für Beton und Asphalt*) sowie sonstigen Baustoffen außerhalb des Abfallregimes gemäß dem Stand der Technik	Anwendungsbereiche gemäß § 13 RBV, kein vorzeitiges Abfallende	
Bodenaushubmaterial IN	nein		
Bodenbestandteile A2, BA, IN	nein		

- *) Eine Herstellung von Gesteinskörnungen für ungebundene Anwendungen ist nur als Abfall gemäß den Vorgaben der RBV (als Zumischkomponente <50%) oder gemäß den Vorgaben des BAWPL 2023, Kapitel 4.7.4. (bei Anteilen > 50% bis zu 100%) zulässig.

Ein Recycling-Baustoff ist gemäß RBV eine aus Abfällen hergestellte natürliche, industriell hergestellte oder recycelte Gesteinskörnung, die gemäß der EU-Bauprodukte-Verordnung als Baustoff verwendet werden kann. Gesteinskörnungen bzw. Baustoffe aus Aushubmaterialien, die das Ende der Abfalleigenschaft erreicht haben, stellen daher keinen Recycling-Baustoff dar.

Zu § 12 (Herstellung sonstiger Baustoffe):

Unter „sonstige Baustoffe“ sind Baustoffe zu subsumieren, die keine Gesteinskörnungen im eigentlichen Sinn darstellen (zB Erzeugung von Zement) und/oder für die (noch) keine (harmonisierten) Normen existieren (zB Herstellung von Lehmziegeln und Lehmputzen).

Für die Einbringung von Abfällen in die Zementerzeugung ist die Richtlinie „Technische Grundlagen für den Einsatz von Abfällen als Ersatzrohstoff in Anlagen zur Zementerzeugung“ vom 18. Dezember 2017 als Stand der Technik heranzuziehen.

Für die Herstellung von Lehmziegel und Lehmputze können zB folgende DIN-Normen als Stand der Technik angesehen werden:

- DIN 18940, Tragendes Lehmsteinmauerwerk – Konstruktion, Bemessung und Ausführung. (2023). Berlin: Beuth-Verlag
- DIN 18942-1, Lehmabstoffe und Lehmabprodukte – Teil 1: Begriffe. (2018). Berlin: Beuth-Verlag
- DIN 18942-100, Lehmabstoffe und Lehmabprodukte – Teil 100: Konformitätsnachweis. (2018). Berlin: Beuth-Verlag
- DIN 18945, Lehmsteine – Anforderungen, Prüfung und Kennzeichnung. (2018). Berlin: Beuth-Verlag
- DIN 18946, Lehmmauermörtel – Anforderungen, Prüfung und Kennzeichnung. (2018). Berlin: Beuth-Verlag
- DIN 18947, Lehmputzmörtel – Anforderungen, Prüfung und Kennzeichnung. (2018). Berlin: Beuth-Verlag
- DIN 18948, Lehmplatten – Anforderungen, Prüfung und Kennzeichnung. (2018). Berlin: Beuth-Verlag

Zu § 13 (Verwendung als Industriemineral):

Bestimmte Gesteine als Teil von Böden bzw. Aushubmaterialien werden in vielfältigen Anwendungen als Industriemineral benötigt. Die jeweiligen Anforderungen an das Gestein und dessen Zusammensetzung werden von den jeweiligen spezifischen Einsatzbereichen determiniert.

Beispiele für Verwendung von Aushubmaterial als Industriemineral (Quelle: Montanuniversität Leoben, gekürzt):

- Papierindustrie (zB Kaolin als Beschichtung/Füllstoff, Kalkstein/Baryt als Füllstoff)
- Füllstoffe in der Kunststoffindustrie (zB Kaolin, Kalkstein, Quarzite, Feldspat)
- Schleif-, Polier- und Strahlmittel (zB Bauxit, Korund, Schmiergel, Olivin)
- Metallurgie (zB Kalkstein als Flussmittel, Dolomit als Zuschlagstoff, Quarzite für Ferrosiliziumherstellung, Olivin als Zuschlagstoff)
- Gießereien (zB Bentonit als Bindeton, Quarzite für Gießereisande)
- Wasser- und Gasreinigung (zB Kalkstein/Dolomit zur Neutralisation, Magnesit zur Wasserreinigung, Quarzite für Filtersande)
- Feuerfestindustrie (zB Kaolin, Dolomit, Quarzite, Alumosilikate, Olivin)
- Farb- und Lackindustrie (zB Kaolin/Kalkstein/Muskovit/Kieselgur als Füllstoff, Feldspat für Glasuren, Baryt für Herstellung von Pigmenten)
- Füllstoffe in Kosmetikindustrie und Pharmazie (zB Kaolin, Bentonit, Kalkstein, Talk, Ilmenit)
- Glasindustrie (zB Kaolin für Borosilikatglas, Kalkstein als Flussmittel, Dolomit/Magnesit als Zuschlagstoff, Quarzite)
- Chemische Industrie (zB Kalkstein zur Karbiderzeugung, Sodaherstellung, Bleichpulverherstellung, Quarzite als Rohstoff für Wasserglas, Kalisalz für Industriechemikalien)

- Keramische Industrie (zB Kaolin, Quarzite, Alumosilikate, Talk, Muskovit als Keramikrohstoff, Gipsstein für Keramikformen; Tuffe als Flussmittel für Steinzeugmassen, Phonolithe, Feldspat, Foide als Flussmittel)
- Landwirtschaftlicher Bereich (zB Kaolin, Bentonit als Trägerstoff in Insektiziden, Kaolin, Magnesit als Füllstoff in Tierfutter, Kalkstein als Düngemittel)
- Nahrungsmittelindustrie (zB Kalkstein zur Zuckerraffination, Kaolin als Füllstoff in Nahrungsmitteln)
- Sonderzwecke (zB Bentonit als Haustierstreu, Blähton für Pellets, Kalkstein für Branntkalk-Erzeugung Basalt für Mineralfasern)

Für die Verwendung als Industriemineral soll auch für Aushubmaterial der Klasse BA ein Abfallende möglich sein (siehe § 20).

Zu § 14 (Verwertung von nicht verunreinigten Kleinmengen und Bankettschälgut von Straßen geringer Verkehrsstärke ohne analytische Untersuchung):

Die Kleinmengenregelung des Behandlungsgrundsatzes im BAWP 2023 (Kapitel 4.7.5.) soll übernommen und zusätzlich klargestellt werden, dass auch mehrere Kleinmengen verschiedener Baustellen gemeinsam verwertet werden dürfen, solange alle Bedingungen und Voraussetzungen gemäß Abs. 1 für jedes einzelne Aushubvorhaben zutreffen und alle Voraussetzungen des Abs. 3 hinsichtlich der Verwertung (insbesondere maximal 2.000 t bei einem Verwertungsvorhaben) zutreffen. Für jede Kleinmenge einer Baustelle ist dabei eine Abfallinformation auszustellen. Nur alle vollständig und richtig ausgefüllten, vom jeweiligen Bauherrn unterschriebenen, Abfallinformationen ergeben insgesamt den Nachweis der Eignung für eine Verwertung gemäß Abs. 3.

Die erforderliche Abfallinformation soll grundsätzlich formfrei sein, muss aber die Einhaltung aller Voraussetzungen gemäß Abs. 1 und 2 zweifelsfrei sicherstellen. Auf der Internetseite des BMLUK soll ein entsprechendes Formular für die Abfallinformation zur Verfügung gestellt werden.

Erfolgt die Verwertung der Kleinmengen zulässigerweise in einem kontinuierlichen Prozess (zB Kompostherstellung, Herstellung sonstiger Baustoffe) bezieht sich die Maximalmenge von 2.000 t beim Verwertungsvorhaben auf den Einsatz pro Jahr.

Wird für eine oder mehrere Kleinmengen eine der Voraussetzungen gemäß Abs. 1 bis 4 nicht eingehalten oder liegen die entsprechenden Bestätigungen nicht oder nur unzureichend vor (zB fehlende Unterschrift bei der Aushubinformation, keine Bestätigung des aushebenden Unternehmens) soll eine Verwertung gemäß dieser Sonderregelung unzulässig sein. Diese Materialien müssen in diesem Fall für eine Verwertung durch eine externe befugte Fachperson oder Fachanstalt grundlegend charakterisiert und einer entsprechenden Qualitätsklasse zugeordnet werden.

Ein Abfallende gemäß § 20 soll für Kleinmengen gemäß § 14 nicht möglich sein. Soll ein Abfallende gemäß § 20 erreicht werden, soll eine grundlegende Charakterisierung durch eine externe befugte Fachperson oder Fachanstalt durchgeführt werden müssen.

Für eine gemeinsame grundlegende Charakterisierung einzelner Kleinmengen siehe die Vorgaben gemäß § 15 Abs. 2.

Für Bankettschälgut von Straßen geringer Verkehrsstärke ist das Zutreffen aller Voraussetzungen vom Bauherrn (in dem Fall des Straßenerhalters) in einer Abfallinformation zu dokumentieren. Diese ist grundsätzlich formfrei, jedoch ist zumindest die Einhaltung aller Bedingungen des Abs. 5 zu bestätigen. Auf der Internetseite des BMLUK soll ein entsprechendes Formular für die Abfallinformation zur Verfügung gestellt werden.

Wird für Bankettschälgut eine der Voraussetzungen gemäß Abs. 5 nicht eingehalten oder liegen die entsprechenden Bestätigungen nicht oder nur unzureichend vor (zB fehlende Unterschrift bei der Abfallinformation, offensichtlich unrichtige oder unplausible Angaben) soll eine Verwertung gemäß § 5 Abs. 4 unzulässig sein.

Zu § 15 (Vorgaben für die gemeinsame Beurteilung und Behandlung von Aushubmaterial verschiedener Anfallstellen):

Bei der gemeinsamen Beurteilung und Behandlung von Abfällen unterschiedlicher Herkünfte, nicht bekannter Qualität oder quantitativ oder qualitativ nicht genau bekannter Verunreinigungen muss darauf geachtet werden, dass es zu keiner Verdünnung etwaiger Schadstoffe kommt (Vermischungsverbot).

Wenn bei Kleinmengen gemäß § 14 Abs. 1 alle ausbauseitigen Bedingungen gemäß Abs. 2 eingehalten werden, ist von keinem Verstoß gegen das Vermischungsverbot bei einer gemeinsamen Beurteilung auszugehen.

Zur Abschätzung einer vergleichbaren Verunreinigung können Einzelproben bzw. Schnelltests auf die offensichtlichen oder bekanntermaßen relevanten Parameter sinnvoll bzw. notwendig sein. Größere Mengen sollten dabei möglichst getrennt untersucht bzw. behandelt werden um eine Verdünnung im Zuge der Vermischung ausschließen zu können.

Zum 3. Abschnitt (Allgemeine Behandlungspflichten für Aushubmaterialien):

Dieser Abschnitt soll allgemeine Vorgaben für Aushubmaterialien, unabhängig von ihrem weiteren Entsorgungs- oder Verwertungsweg, beinhalten. Diese Vorgaben sollen daher auch zB im Falle einer Deponierung der Aushubmaterialien gelten.

Zu § 16 (Lagerung und Behandlung von mit leichtflüchtigen Kohlenwasserstoffen verunreinigten Aushubmaterialien):

Der Behandlungsgrundsatz für mit leichtflüchtigen Kohlenwasserstoffen verunreinigte Aushubmaterialien im BAWP 2023 (Kap. 4.5.) soll im Wesentlichen übernommen werden, wobei insbesondere bei der Zwischenlagerung Präzisierungen vorgenommen werden sollen. Da es bei der (offenen) Zwischenlagerung dieser Materialien zu Emission der Kohlenwasserstoffe in die Atmosphäre kommt, ist diese so kurz wie möglich zu halten und vor Witterungseinflüssen (insb. direkter Sonneneinstrahlung) zu schützen. Dies gilt nicht, wenn die Materialien in einer entsprechenden technischen Einrichtung gelagert werden, die etwaige Emissionen unterbindet oder auffängt. Als „weitgehend dichte Behältnisse“ sind zB flüssigkeitsdichte Mulden zu verstehen, deren Deckel mit einer Gummidichtung versehen ist und deren Verschluss über Ringschrauben oder Exzenterpanner erfolgt.

Unter Zwischenlagerung ist jede Lagerung unmittelbar nach dem Aushub (daher auch direkt auf der Baustelle) zu verstehen sowie jede weitere Lagerung bis zur ordnungsgemäßen Behandlung.

Zu § 17 (Abfallchemische Aufsicht):

Die Vorgaben des BAWP 2023 (Kap. 4.7.9.) sollen übernommen werden. Zusätzlich soll die abfallchemische Aufsicht für die Untersuchungsnorm, nach der die Tätigkeit der zugrundeliegenden grundlegenden Charakterisierungen durchgeführt wurde (ÖNORM S 2126), als Inspektionsstelle akkreditiert sein. Da die grundlegende Charakterisierung (und auch die grundlegende Charakterisierung der DVO 2008) noch auf der veralteten Version der ÖNORM S 2126 basiert, soll mit einer Übergangsbestimmung die Akkreditierung erst mit 2027 verpflichtend sein.

Weiters soll klargestellt werden, dass sich die Verpflichtung der abfallchemischen Aufsicht zur Anwesenheit auf der Baustelle bzw. des Aushubs auf die Zeit beschränkt, zu der auch tatsächlich Aushubarbeiten durchgeführt werden. Zudem sollen Abweichungen in Abstimmung mit der örtlich zuständigen Abfallbehörde zulässig sein, zB bei geänderter Vorgehensweise im Fall archäologischer Funde oder Kriegsrelikten.

Die Notwendigkeit und Beauftragung einer abfallchemischen Aufsicht soll bei Weitergabe des Aushubs als Information weitergegeben und daher in der Konformitätserklärung dokumentiert werden.

Die Dokumentation gemäß Abs. 4 ist gemäß § 19 entweder vom Abfallbesitzer, der ein Abfallende deklariert oder vom Bauherrn, der das Material einer Verwertungsmaßnahme gemäß §§ 6 bis 13 zuführt, zumindest sieben Jahre aufzubewahren.

Zu § 18 (Besondere Vorgaben für Tunnelbauvorhaben, spezielle Bauverfahren und Aushubvorhaben von mehr als 10 000 t):

Tunnelausbruchmaterial fällt in enormen Massen an und hat eine hohe ökologische aber auch kreislaufwirtschaftliche Bedeutung. Da Tunnelausbruchmaterial im Zuge des Tunnelbaus unvermeidlich durch Sprengmittel, Spritzbeton oder sonstige Bau- oder Bohrhilfsmittel verunreinigt wird, soll durch bestimmte Vorgaben die Qualität des Materials verbessert werden.

Abs. 1:

Eine verpflichtende Erfassung und Abtrennung des Rückpralls an Spritzbeton sowie eine Beurteilung aller Bau- und Bohrhilfsmittel soll zumindest bei den ökologisch heikelsten Verwertungswegen (in dem Fall der Verwendung bei Erdbaumaßnahmen gemäß § 6) erfolgen. Bei anderen Anwendungen wie zB der Herstellung von Recycling-Baustoffen ist aufgrund der durchgeführten Behandlungsschritte, der entsprechenden Produktspezifikationen und der bautechnischen Verwendungszwecke der Anteil an Spritzbeton geregelt bzw. nicht relevant.

Die konkrete Methode bzw. der bautechnische Ablauf der getrennten Erfassung des Rückpralls soll im Beurteilungsnachweis der grundlegenden Charakterisierung des jeweiligen Tunnelbereichs dokumentiert werden.

Abs. 2:

Im Falle einer Behandlung von Tunnelausbruchmaterial soll geprüft werden, inwiefern eine Entfernung des Spritzbetons (zB im Zuge der Entfernung des Feinanteils) tatsächlich möglich ist.

Abs. 3:

Für diese Beurteilung sind zunächst alle Bohr- oder Bauhilfsmittel, die ins Aushubmaterial eingebracht werden bzw. dort verbleiben, zu erheben und mit ihrer erwarteten Einsatzmenge zu dokumentieren. Für jedes Bohr- oder Bauhilfsmittel ist in weiterer Folge eine Beurteilung auf Basis der Art, Zusammensetzung und Inhaltsstoffe durchzuführen. Dabei kann vom jeweiligen Sicherheitsdatenblatt ausgegangen werden. Sind die Informationen dabei unvollständig, sollen diese Informationen vom Hersteller oder Inverkehrbringer eingefordert werden.

Abs. 4:

Bei speziellen Bauverfahren werden in der Regel entsprechende, dem Tunnelbau vergleichbare, Bohr- und Bauhilfsmittel eingesetzt.

Abs. 5:

Bei Großbauvorhaben soll eine möglichst frühzeitige Auseinandersetzung mit den anfallenden Abfällen und deren potentiellen Verwertungswegen erfolgen. In einem Materialkonzept soll daher eine Beschreibung aller relevanten Abfallströme (Aushubmaterialien, Baurestmassen) des Bauvorhabens erfolgen, dafür soll jeder Abfallstrom/Materialstrom (zB Bodenaushubmaterial, technisches Schüttmaterial, Asphalt, Baurestmassen) getrennt erhoben werden. Folgende Inhalte soll ein Materialkonzept umfassen:

- Art des Abfalls (Abfallart mit Schlüsselnummer und allfälliger Spezifizierung und Beschreibung, des Abfalls)
- Voraussichtliche Gesamtmasse
- Masse pro Zeiteinheit (zB Tonnen pro Tag)
- (Vor)untersuchungen des Abfalls (grundlegende Charakterisierung, geologisches Gutachten etc.)
- Angaben zur Lagerlogistik zu dem betreffenden Abfall
- Umwelttechnische Qualität des Abfalls (Qualitätsklasse, Angaben zu erhöhten Gesamt- oder Eluatgehalten)
- (bau)technische Qualität des Abfalls (Gesteinsart, petrografischen Beschreibung, Sieblinie, Kornverteilung, Größtkorn etc.)
- Beurteilung der Verwertbarkeit (zB gemäß Aushubverordnung, RBV)

Diese Informationen sollen so früh wie möglich bereits in der Planungsphase erhoben und laufend fortgeschrieben und ergänzt werden.

Für das Erreichen eines Abfallendes gemäß § 20 soll das gemeinsam mit dem Beurteilungsnachweis übermittelt werden.

Zum 4. Abschnitt (Abfallende von Bodenaushubmaterial):

In diesem Abschnitt sollen die Voraussetzungen für das (vorzeitige) Erreichen des Endes der Abfalleigenschaft bestimmter Aushubmaterialien festgelegt werden. Das vorzeitige Abfallende soll nur für die Aushubmaterialien der besten Qualität vorgesehen werden.

Zu § 20 (Anforderungen und Anwendungsbereiche für das Abfallende):

Bestimmtes Bodenaushubmaterial soll bei Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Qualitätskriterien – sofern die erforderlichen Nachweise übermittelt wurden – das Abfallende für die bestimmungsgemäße Verwendung erreichen. Grundsätzlich soll ein vorzeitiges Abfallende nur für Bodenaushubmaterial (dh. im wesentlich natürlich gewachsenen Boden und Untergrund) der besten chemischen Qualitätsklasse (A1, A2, A2-G sowie eingeschränkt BA) zulässig sein. Für folgende Materialien soll kein vorzeitiges Abfallende möglich sein:

- Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse BA für ungebundene bautechnische Anwendungen (Erdarbeiten, Herstellung von Recycling-Baustoffen zur ungebundenen Anwendung oder für Rekultivierung, Bodenverbesserung etc.)
- Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse IN oder schlechter
- Bodenbestandteile aus der Behandlung
- Kleinmengen gemäß § 14 (ausgenommen nach grundlegender Charakterisierung)

- sonstige Bodenbestandteile die bei speziellen Bauverfahren anfallen wie zB Tiefenbohrungen, Düsenstrahlverfahren als Baugrundinjektion oder Herstellung von Schlitzwänden sowie Bankettschälgut

Die Verwertung bzw. Beseitigung dieser Aushubmaterialien soll weiterhin im Abfallregime erfolgen.

Derzeit ist eine Verwendung als untergeordnete Zumischkomponente zur Herstellung von Recycling-Baustoffen gemäß RBV zulässig, wo bei Einhaltung der Qualitätsklasse U-A ein vorzeitiges Abfallende erreicht werden kann.

Die Herstellung von Gesteinskörnungen aus Aushubmaterialien, für die das Ende der Abfalleigenschaft eingetreten ist, erfolgt nicht im Regime des Abfallrechts. Die Anlagen, die ausschließlich Aushubmaterialien einsetzen, die kein Abfall mehr sind, um daraus Gesteinskörnungen herzustellen, brauchen daher dafür keine Erlaubnis bzw. Genehmigung nach dem Abfallrecht.

In der Regel erfolgt eine Beurteilung von Bodenaushubmaterial bereits in situ vor dem eigentlichen Aushub. Das Abfallende soll für Bodenaushubmaterial mit dem Aushub und der Meldung erreicht werden. Die Meldung kann auch bereits vor dem Aushub übermittelt werden. Das Abfallende tritt in diesem Fall mit dem Zeitpunkt des Aushubs ein. Erfolgt die Beurteilung bzw. die Meldung erst nach dem Aushub, tritt das Abfallende mit der Meldung ein.

Der Beurteilungsnachweis soll zum Zeitpunkt des Aushubs und der Meldung nicht die Fristen des § 11 DVO 2008 überschritten haben.

Die Meldung gemäß Abs. 1 und 2 soll sich auf eine bestimmte Aushubmasse einer Qualität und einer Abfallart beziehen. Für Tunnelausbruchmaterial soll jeweils eine Meldung für das Tunnelausbruchmaterial eines Tunnelbereichs (d.h. der anfallenden Masse bis zur nächsten Haupt- oder Nebenprobe) durchgeführt werden.

Durch den Europäischen Gerichtshof wurde in der Rechtssache C-238/21, Porr Bau GmbH, 17. November 2022 klargestellt, dass die „Prüfung, die darauf abzielt, die Qualität und die Präsenz von Schadstoffen oder Verunreinigungen in Aushubmaterial zu ermitteln“ als Abfallbehandlung angesehen wird. Im Rahmen der Aufzeichnungspflichten bzw. der Jahresabfallbilanz ist zur Nachvollziehbarkeit das tatsächlich angefallene Bodenaushubmaterial, welches das Abfallende erreicht hat, aufzuzeichnen und zu melden. Dies soll durch Buchung in ein Produktlager erfolgen. Analog zur RBV soll dabei als Verbleibsverfahren Lagerung (R 13) verwendet werden.

Derzeit wird für die Übermittlung von Nachweisen für das Erreichen des Abfallendes nach anderen Rechtsmaterien eine EDM-Applikation entwickelt. Diese Applikation soll auch für die Meldung der Nachweise gemäß dieser Verordnung verwendet werden.

Zu Abschnitt 5:

Zu § 22 (Nebenproduktkriterien):

Gemäß § 4 AWG 2002 kann der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft Kriterien für spezifische Stoffe und Gegenstände für die Anwendung der in § 2 Abs. 3a festgelegten Bedingungen für Nebenprodukte mit Verordnung festlegen. Für Aushubmaterial, welches als Nebenprodukt verwendet wird, sollen Kriterien festgelegt werden, die den Kriterien für das Abfallende entsprechen.

Zu Anhang 1:

In der Tabelle sollen jene Aushubmaterialien aufgelistet werden, für die die im 2. Abschnitt dieser Verordnung festgelegten Verwertungswege geregelt werden. Weiters soll in der Beschreibung der Spezifizierung und in den Hinweisen und Anmerkungen zu den Abfallarten - soweit erforderlich - der Verweis auf den Bundesabfallwirtschaftsplan durch einen Verweis auf die Aushubverordnung ersetzt werden.

Hinsichtlich der Abfallart 31411 45 soll die Einschränkung auf ein Bau- oder Aushubvorhaben gestrichen werden, da mit § 14 Abs. 5 klargestellt werden soll, dass unter dieser Abfallart auch mehrere Kleinmengen verschiedener Bauvorhaben zusammengefasst werden dürfen.

Durch die Änderungen ergibt sich kein Handlungsbedarf für Abfallsammler und Abfallbehandler hinsichtlich ihrer Erlaubnisse und Genehmigungen. Die Abfallarten können im bisherigen Erlaubnis- und Genehmigungsumfang weiterhin gesammelt und behandelt werden.

Folgende Entsprechungstabelle stellt die Abfallarten zum Zeitpunkt vor Inkrafttreten der Aushubverordnung den Abfallarten mit Inkrafttreten der Aushubverordnung gegenüber. Die Abfallart SN 31411 33 soll nicht geändert werden und ist daher in dieser Tabelle nicht enthalten.:

vorher					neu				
SN	Sp.	g/gn	Bezeichnung	Spezifizierung	SN	Sp.	g/gn	Bezeichnung	Spezifizierung
31411	29		Aushubmaterial	nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse BA gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan oder Bodenaushubdeponiequalität sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	31411	29		Aushubmaterial	Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse BA oder Bodenaushubdeponiequalität sowie daraus gewonnene Bodenbestandteile
31411	30		Aushubmaterial	nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A1 gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	31411	30		Aushubmaterial	Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A1 sowie daraus gewonnene Bodenbestandteile
31411	31		Aushubmaterial	nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A2 gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	31411	31		Aushubmaterial	Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A2 sowie daraus gewonnene Bodenbestandteile

vorher					neu				
SN	Sp.	g/gn	Bezeichnung	Spezifizierung	SN	Sp.	g/gn	Bezeichnung	Spezifizierung
31411	32		Aushubmaterial	nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A2-G gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan sowie daraus gewonnene, nicht verunreinigte Bodenbestandteile	31411	32		Aushubmaterial	Bodenaushubmaterial der Qualitätsklasse A2-G sowie daraus gewonnene Bodenbestandteile
31411	38		Aushubmaterial	sonstige, nicht verunreinigte Bodenbestandteile der Qualitätsklasse A2 gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan	31411	38		Aushubmaterial	Sonstige Bodenbestandteile der Qualitätsklasse A2
31411	39		Aushubmaterial	sonstige, nicht verunreinigte Bodenbestandteile der Qualitätsklasse BA gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan oder Bodenaushubdeponiequalität	31411	39		Aushubmaterial	Sonstige Bodenbestandteile der Qualitätsklasse BA oder Bodenaushubdeponiequalität
31411	45		Aushubmaterial	nicht verunreinigtes Bodenaushubmaterial eines Bau- oder Aushubvorhabens gemäß Kleinmengenregelung	31411	45		Aushubmaterial	Nicht verunreinigte Kleinmenge Bodenaushubmaterial eines Bau- oder Aushubvorhabens
91502	60		Bankettschälgut von Straßen	gemäß Bundes-Abfallwirtschaftsplan zulässig für Maßnahmen zur Bodenrekultivierung	91502	60		Bankettschälgut von Straßen	Bankettschälgut von Straßen geringer Verkehrsstärke

Zu Anhang 2 (Zulässige Abfallarten für die bestimmten Verwertungswege):

Anhang 2 soll für jeden Verwertungsweg gemäß den §§ 6 bis 13 festlegen, welche Abfallarten (unter Umständen mit Einschränkung) für Aushubmaterial gemäß der Liste in Anhang 1 verwendet werden dürfen. Die Festlegungen präzisieren weitestgehend die bisherigen Vorgaben des BAWP 2023, wobei die Unterscheidung in „landwirtschaftliche“ und „nicht landwirtschaftliche“ Rekultivierungen aufgelassen werden soll, da:

- durch die Grenzwertanpassung hinsichtlich einiger Parameter, die anthropogene Verunreinigungen begrenzen, zwischen A1 und A2 kein wesentlicher Unterschied mehr besteht,
- die „dauerhafte“ Sicherstellung, dass keine landwirtschaftliche Nutzung erfolgen wird, in der Praxis schwierig ist und
- oft nicht eindeutig ist, was als landwirtschaftliche oder nicht landwirtschaftliche Nutzung anzusehen ist.

Für Rekultivierungen, Bodenverbesserungen etc. soll nur mehr Material der Klasse A1 (abgesehen von der Klasse BA und Material gemäß Kleinmengenregelung) zulässig sein.

Die Festlegung bezieht sich nur auf die Abfallarten gemäß Anhang 1, weitere Abfallarten (zB verunreinigtes Aushubmaterial, das für die Herstellung von Zement verwendet werden darf oder andere Abfälle die zB für die Herstellung künstlicher Erden verwendet werden dürfen) sollen hier nicht geregelt werden. Deren Zulässigkeit der Verwertung richtet sich nach den entsprechenden spezifischen Regelungen (zB Behandlungsgrundsatz Erden aus Abfällen gemäß BAWP 2023).

Zu Anhang 3 (Beurteilung von Aushubmaterialien zur Verwertung):

Für die grundlegende Charakterisierung von Aushubmaterialien sollen die Vorgaben der DVO 2008 zur grundlegenden Charakterisierung von Aushubmaterialien für die Beurteilung der Ablagerbarkeit – jedoch nicht in Bezug auf Deponie(unter)klassen, sondern auf festgelegte Qualitätsklassen – festgelegt werden.

Diese grundlegende Charakterisierung soll ausschließlich durch dafür akkreditierte befugte Fachpersonen oder Fachanstalten durchgeführt werden.

Kapitel 2:

Der zweite Absatz hinsichtlich des Parameterumfangs nicht begrenzter Verunreinigungen soll analog der Bestimmung im Anhang 4 Teil 1, Kapitel 4 DVO 2008 festgelegt werden, wobei jedoch zusätzlich festgelegt werden soll, dass bei einer erhöhten Belastung keine Zuordnung zu A1, A2 oder A2-G mehr möglich ist. Was als Verdacht oder erhöhte Belastung zu werten ist, ist von der externen befugten Fachperson oder Fachanstalt festzulegen und zu beurteilen.

Kapitel 4:

Es sollen die Vorgaben zu Inhalt und Struktur eines Beurteilungsnachweises sowie die Fristen zur Gültigkeit eines Beurteilungsnachweises der DVO 2008 auch für eine Verwertung gelten. Der Beurteilungsnachweis einer grundlegenden Charakterisierung vor Beginn der Aushub- oder Abräumtätigkeit soll maximal zehn Jahre für die Durchführung einer Verwertungstätigkeit oder die Deklaration eines Abfallendes gültig sein. Wird die Verwertung oder das Abfallende drei Jahre nach Ausstellung des Beurteilungsnachweises durchgeführt bzw. gemeldet, muss von einer externen befugten Fachperson oder Fachanstalt geprüft werden, ob sich die Gegebenheiten geändert haben.

Bei einer grundlegenden Charakterisierung nach Beginn der Aushub- oder Abräumtätigkeit ist der Beurteilungsnachweis maximal ein Jahr für die Durchführung einer Verwertungstätigkeit oder die Meldung eines Abfallendes gültig.

Der Beurteilungsnachweis muss jedenfalls zum Zeitpunkt der Verwertung oder im Falle eines Abfallendes zum Zeitpunkt des Eintreffens der Abfalleigenschaft (also zum Zeitpunkt der Meldung und des Aushubes) innerhalb der Frist des § 11 DVO 2008 sein.

Kapitel 5 bis 8:

Für bestimmte Aushubmaterialien sollen Sonderregelungen vorgesehen werden analog zu den Vorgaben der DVO 2008 (zB besondere Vorgaben zur grundlegenden Charakterisierung von Gewässersedimenten und Material aus natürlichen Massenbewegungen – vgl. § 13 DVO 2008) einschließlich erforderlicher Präzisierungen

Kapitel 7:

Aus den bisherigen Erfahrungen mit dem mit der DVO 2008 erstmals festgelegten spezifischen Untersuchungssystem für Tunnelausbruchmaterial sind angepasste Rahmenbedingungen für das

Untersuchungssystem geboten. In Zusammenhang mit den Vorgaben für Tunnelausbruchmaterial gemäß § 18 ist das Ziel, die durch den Tunnelvortrieb in das Material einbrachten Verunreinigungen zu reduzieren und die Treffsicherheit des Untersuchungssystems zu verbessern. Derzeit befindet sich die Untersuchungsnorm für Tunnelausbruchmaterial (ÖNORM S 2128) in Ausarbeitung

Zu Anhang 4 (Qualitätsklassen, Parameter und Grenzwerte):

Die Grenzwerte des BAWP 2023, sollen im Wesentlichen übernommen werden bis auf folgende Änderungen:

Da bei einer Untersuchung vor Beginn der Aushub- oder Abräumtätigkeit eine konkrete Verwertung (und damit die dafür zuständige Behörde) in vielen Fällen noch nicht bekannt ist, sollen für die Qualitätsklasse BA Schwellenwerte festgelegt werden, bei deren Überschreitung eine Zuordnung zu dieser Qualitätsklasse bereits möglich ist, jedoch für eine Verwertung des Materials eine Prüfung der konkreten Verwertungsmaßnahme in Folge zu erfolgen hat. Die Überschreitung und die Höhe der Schwellenwerte sollen im Beurteilungsnachweis deutlich gekennzeichnet werden. Für eine Verwertung der Qualitätsklasse BA soll gemäß § 6 und § 7 sowie § 10 und § 11 jedenfalls eine Beurteilung der konkreten Verwertungsmaßnahme durch eine externe befugte Fachperson oder Fachanstalt erfolgen.

Weitere Änderungen umfassen das Schließen von Grenzwertlücken:

Gesamtgehalte – Tabelle 1:

Cadmium: Bei dem erhöhten Grenzwert bei einem pH>6 soll die bereits zurückgezogene ÖNORM L 1083 durch die ÖNORM EN ISO 10390 „Boden, behandelter Bioabfall und Schlamm – Bestimmung des pH-Werts (ISO 10390:2021)“, ausgegeben am 6. April 2021, ersetzt werden.

Calcium/Magnesium: Diese Parameter sind zur technischen Beurteilung bestimmter Verwertungswege (insbesondere Herstellung von Recycling-Baustoffen) sinnvoll bzw. notwendig. Sie sollen damit bereits in der grundlegenden Charakterisierung mituntersucht werden, um eine möglichst frühzeitige Beurteilung möglicher Verwertungswege zu erlauben; da diese Parameter einfach im Rahmen der Routineanalytik bestimmt werden können, sind die zusätzlichen Kosten minimal.

LHKW: Hinsichtlich der Probenahme soll auf den Stand der Technik verwiesen werden. Als Stand der Technik sind die Vorgaben der technischen Arbeitshilfe der Umweltbundesamt GmbH „Arbeitshilfe CKW-kontaminierte Standorte – Methoden der Erkundung, Beurteilung und Sanierung von CKW-kontaminierten Standorten“ von 2012, (altlastenmanagement.at/home/wp-content/uploads/TAH_CKW-kontaminierte-Standorte_Druckversion.pdf) bzw. Abschnitt 10.2 der technischen Arbeitshilfe der Umweltbundesamt GmbH „MKW-kontaminierte Standorte – Erkundung, Beurteilung und Sanierung“ von 2017 (umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0594.pdf) anzusehen.

Die Liste an leicht flüchtigen halogenierten C1 und C2 Kohlenwasserstoffen soll gegenüber dem BAWP 2023 aktualisiert werden.

KW-Index: Um sicherzustellen, dass stark humose bzw. torfhaltige (ansonsten nicht verunreinigte) Aushubmaterialien von der Klasse A1 zugeordnet und einer entsprechenden Verwertung zugeführt werden können, soll bei einem TOC Wert zwischen 20.000 mg/kg TM und 50.000 mg/kg TM ein KW-Grenzwert von 500 mg/kg TM gelten. Bei noch höheren TOC-Werten gilt kein Grenzwert, wenn nachgewiesen werden kann, dass es sich ausschließlich um biogene Kohlenwasserstoffe handelt. Kann dies anhand eines GC-Chromatogramms nicht zweifelsfrei festgestellt bzw. eine anthropogene Verunreinigung nicht ausgeschlossen werden, soll ein Grenzwert von 500 mg/kg TM gelten.

PAK (16 und Benz(a)pyren): Die Grenzwerte der Klasse A2 sollen auf das Niveau von A2-G bzw. A1 angepasst werden.

EOX: Auf den Grenzwert (1,0 mg/kg TM) wird im BAWP 2023 im Zusammenhang mit einer Novelle der DVO 2008 verwiesen und soll in der Aushubverordnung ebenfalls übernommen werden.

PFAS: Der Grenzwert soll für die Summe der 20 Parameter gemäß Anhang III Teil B Punkt 3 der Richtlinie (EU) 2020/2184 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch, ABl. Nr. L 435 vom 23.12.2020, S 1, gelten. Der PFAS-Grenzwert für BA wurde als Schwellenwert festgelegt.

TOC: Bei der Klasse A1, A2 und BA soll der Verweis auf die Rekultivierungsrichtlinie gestrichen werden, da diese (im Rahmen ihres Geltungsbereiches) bereits als Stand der Technik gilt und anzuwenden ist, weiters ist eine Rekultivierung mit Material der Qualitätsklasse A2 nicht mehr zulässig. Es soll für die Qualitätsklasse A1 durch eine neue Fußnote klargestellt werden, dass der TOC-Wert zu bestimmen und im Beurteilungsnachweis zu dokumentieren ist.

Die Ausnahmebestimmung, dass für A2-G ein höherer TOC-Grenzwert von 10.000 mg/kg TM gilt, soll gestrichen werden, da im Zusammenhang mit dem Erreichen des vorzeitigen Abfallendes keine Abstimmung mit der Abfallbehörde für die weitere Verwertung bzw. Verwendung vorgesehen ist.

Für die Qualitätsklasse BA wurde der TOC-Grenzwert als Schwellenwert festgelegt.

Eluatgehalte – Tabelle 2:

Abdampfrückstand: Der bisher nur bei A2-G beschränkte Grenzwert soll durch einen Grenzwert von 4.000 für alle Klassen ersetzt werden um Grenzwertlücken zu schließen. Der Grenzwert wurde aus der EU-Ratsentscheidung für Inertabfalldeponien entnommen. Für die Klasse BA soll bei einer höheren Sulfatkonzentration ein höherer Grenzwert gelten.

Antimon: Der bisher nur bei A2-G begrenzte Parameter soll nun aufgrund der hohen Toxizität von Antimon und zur Schließung von Grenzwertlücken für alle Qualitätsklassen gelten.

Cadmium: Es soll der Grenzwert zur Vereinfachung auf 0,04 mg/kg TM für alle Klassen normiert werden.

Eisen: Die Untersuchung von Eisen soll gestrichen werden, da dieser Parameter ökotoxikologisch nicht relevant und auch für die Kenntnis der Zusammensetzung des Abfalls wenig aussagekräftig ist.

Ammonium: Um sicherzustellen, dass stark humose bzw. torfhaltige (ansonsten nicht verunreinigte) Aushubmaterialien von Oberböden der Klasse A1 zugeordnet und einer entsprechenden Verwertung zugeführt werden können, soll in dem Fall kein Grenzwert gelten.

Die Ausnahmebestimmung, dass für A2-G ein höherer Grenzwert von bis zu 8 mg/kg TM gilt soll gestrichen werden, da im Zusammenhang mit dem Erreichen des vorzeitigen Abfallendes keine Abstimmung mit der Abfallbehörde für die weitere Verwertung bzw. Verwendung vorgesehen ist.

Der Grenzwert der Qualitätsklasse BA soll als Schwellenwert festgelegt werden.

Chlorid: Der Grenzwert der Qualitätsklasse BA soll als Schwellenwert festgelegt werden.

Fluorid: Der Grenzwert soll zur Vereinfachung auf 10 mg/kg TM einheitlich für jede Klasse festgelegt und auch für Bodenaushubausdeponien übernommen werden.

Nitrit: Um sicherzustellen, dass stark humose bzw. torfhaltige (ansonsten nicht verunreinigte) Aushubmaterialien von Oberböden der Klasse A1 zugeordnet und einem entsprechenden Recycling zugeführt werden können, soll in dem Fall kein Grenzwert gelten.

Die Ausnahmebestimmung, dass für A2-G ein höherer Grenzwert von bis zu 2 mg/kg TM gilt, soll gestrichen werden, da im Zusammenhang mit dem Erreichen des vorzeitigen Abfallendes keine Abstimmung mit der Abfallbehörde für die weitere Verwertung bzw. Verwendung vorgesehen ist.

Der Grenzwert der Qualitätsklasse BA soll als Schwellenwert festgelegt werden.

Phosphat: Die Ausnahmebestimmung, dass für A2-G ein höherer Grenzwert von bis zu 5 mg/kg TM gilt, soll gestrichen werden, da im Zusammenhang mit dem Erreichen des vorzeitigen Abfallendes keine Abstimmung mit der Abfallbehörde für die weitere Verwertung bzw. Verwendung vorgesehen ist.

Der Grenzwert der Qualitätsklasse BA soll als Schwellenwert festgelegt werden.

Sulfat: Der Grenzwert der Qualitätsklasse BA soll als Schwellenwert festgelegt werden, jedoch nur im Falle von geogen bedingt gipshaltigem Aushubmaterial.

PFAS: Der Parameter soll nur bei Verdacht zu untersuchen sein, ausgenommen für die Zuordnung zu A2-G. Die verpflichtende Untersuchung für AS-G soll ab der Gültigkeit des PFAS-Grenzwerts gemäß EU-Trinkwasserrichtlinie, dh. ab 12. Jänner 2026, erfolgen müssen.

Der Grenzwert der Qualitätsklasse BA soll als Schwellenwert festgelegt werden.

MBAS: Da durch Parameter MBAS nur anionische Tenside erfasst werden, insbesondere im Tunnelbau aber auch andere Tenside (nichtionische Tenside etc.) als Bau- und Bohrhilfsmittel eingesetzt werden, soll sichergestellt werden, dass diese auch zu bewerten sind. Basis für die Bewertung dieser Tenside sind zB die chemisch-physikalischen Eigenschaften, die Informationen aus den Sicherheitsdatenblättern, die mögliche Gewässergefährdung durch Sickerwasser (Abbaubarkeit des Tensids) und die (ökotoxikologischen Wirkungen.

TOC: Der Grenzwert der Qualitätsklasse BA soll als Schwellenwert festgelegt werden.

Die Fußnote, wodurch im Falle einer Bodenrekultivierung bei der Klasse A2 kein Grenzwert gilt, soll gestrichen werden, da A2 nicht mehr für Rekultivierungen zulässig sein soll.

Zusätzliche Eluat-Gehalte bei der Qualitätsklasse A2-G – Tabelle 3 sollen unverändert vom BAWP 2023 übernommen werden.

Zu Anhang 5 (Konformitätserklärung):

Mit der Konformitätserklärung soll der Besitzer des Bodenaushubmaterials jedem weiteren Besitzer erklären, dass die Anforderungen für das Abfallende gemäß der Aushubverordnung erfüllt wurden. Die Konformitätserklärung soll für jede konkrete Masse eines Aushubmaterials, die weitergegeben wird, ausgestellt werden. Die Konformitätserklärung soll vollständig ausgefüllt und unterzeichnet werden. Die Masse des konkreten Aushubmaterials ist bestmöglich abzuschätzen, für eine Berechnung aus der Kubatur eines Aushubs ist von einer Dichte von 1,8 t pro m³ auszugehen.